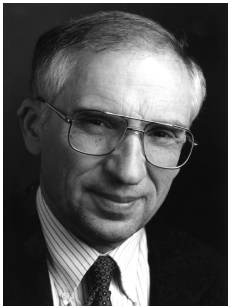

Aufbruch der Zivilgesellschaft – Zur Einordnung der friedlichen Revolution von 1989

Konrad H. Jarausch



Prof. Dr.
Konrad Jarausch, geb.
1941, Ph.D in
deutscher
Geschichte
an der Uni-
versity of
Wisconsin,
Lurcy Profes-
sor for Euro-
pean Civiliza-
tion an der
University of

North Carolina, Chapel Hill, Mitgründer
des Center for European Studies an der
UNC, Direktor des Zentrums für Zeithis-
torische Forschungen, Potsdam (Am Neu-
en Markt 1, 14467 Potsdam).

Abstract

By applying the term “civil society” to the internal evolution of the GDR, the dynamics of its initial oppression, its partial re-development, as well as its explosive comeback and consolidation, are demonstrated. Despite the abolition of civil society structures by the Socialist Unity Party (*SED*), critical minorities developed who supported such values. In autumn 1989 a process of self-liberation followed, which also went along with a re-institution of forms of civil society. Partly, older institutions were reinstated, and partly new ones were created. With the founding of political parties, and the revival of parliament, a break with the civil society structures which developed during the Peaceful Revolution took place. Through the German unification, East German society was finally transferred into the existing civil society of the Federal Republic.

In der Distanz von fünfzehn Jahren bleibt der Umgang mit der Erinnerung an den demokratischen Aufbruch von 1989 merkwürdig ambivalent.¹ Einerseits preisen Festreden die Zivilcourage der Demonstranten und die Weitsicht der Bundesregierung, andererseits protestieren Ostdeutsche gegen soziale Kürzungen und schimpfen Westdeutsche über deren Undankbarkeit für Transferzahlungen. Zwar loben Kommentare die Konzessionsbereitschaft Michael Gorbatschows und die Unterstützung von Bush sen. für die Vereinigung, aber die Beziehung zu Russland bleibt problematisch und das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten ist gespannt.² Verunsichert durch den damaligen Umbruch, reagieren viele davon Betroffene mit einer Mischung von Nostalgie und Zukunftsangst auf seine irritierenden Folgen. Mit dem Ende der Nachkriegszeit, dem Abschluss

-
- 1 Es handelt sich um einen Vortrag des Autors auf der Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Wissenschaftszentrums Berlin am 28.10.2004 in Berlin. Vgl. Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung 55, Bonn 2004.
 - 2 Stefan Berg u. a., Trübsal in der Zwischenwelt. In: Der Spiegel, 58 (2004) 39, S. 44-51.

des Kalten Kriegs und der Überwindung der Spaltung Europas ist ein ganzes Koordinatensystem zusammengebrochen. Dadurch entstand im politischen Denken wie privaten Leben ein tiefer Bruch, der nach einer schlüssigen Erklärung verlangt.

Ein wichtiges Zeitdokument, das als Einstieg zur Reflexion dienen kann, ist die brillante Reportage des englischen Historikers Timothy Garton Ash von 1990. Der plötzliche Aufbruch aus repressiver Stabilität, die Wirkung wirtschaftlicher Unzufriedenheit, die zentrale Rolle der Intellektuellen und die bürgerrechtliche Ideologie der Akteure erinnerten ihn an den Völkerfrühling von 1848. Jürgen Habermas nahm mit seinem Diktum von der „nachholenden Revolution“ diesen Fingerzeig auf, indem er behauptete, dass 1989 keine neuen Ideen hervorgebracht, sondern eher die Wiederherstellung klassischer Bürgerrechte bewirkt habe. Auch der amerikanische Historiker Charles S. Maier spricht von einer „deutschen Revolution“, indem er die Friedfertigkeit des Umbruchs betont.³ Trotz mancher Enttäuschungen bei der juristischen Aufarbeitung suggeriert der diachrone Vergleich daher, dass es sich 1989 um ein revolutionäres Aufbegehren gehandelt hat, das rechtsstaatliche Freiheitsgarantien erreichen wollte.

Eine weitere in *The Magic Lantern* ebenso angelegte Perspektive betont dagegen das europäische Ausmaß des Aufbruchs, das den gesamten Ostblock und die Sowjetunion selbst umfasste. Im Herbst 1989 sprang der Funke von Polen nach Ungarn, von dort in die DDR, danach in die Tschechoslowakei über, bis die Flamme des Aufbegehrens schließlich auch noch Bulgarien und Rumänien erreichte. Entwicklungen, die in Warschau Jahrzehnte brauchten, verliefen in Budapest in Jahren, in Ostberlin in Monaten und in Prag in Tagen. Der Kollaps des Kommunismus war daher ein übergreifender Prozess, in dem dissidente Ideen sich über Grenzen hinweg verbreiteten und das Beispiel eines erfolgreichen Aufbruchs anderenorts wiederholt wurde. Diese teils personale, teils mediale Vernetzung überwand den Eisernen Vorhang und bezog Ostmitteleuropa wieder in den westlichen Integrationsprozess ein.⁴ Gegenüber Kritik an Konsequenzen der EU-Osterweiterung ruft eine synchrone Blickrichtung ins Gedächtnis zurück, dass die deutsche Einheit ein Produkt dieses breiteren Umbruchs ist.

Der Schlüsselbegriff, der „im Oppositionsdenken der 1980er Jahre eine zentrale Rolle spielte, war [die Idee] einer ‚Zivilgesellschaft‘“. Schon im Vormärz, also vor 1848, hatte das Schlagwort „bürgerliche Gesellschaft“ eine subversive Konnotation als Selbstorganisation auf vopolitischer Ebene, die einerseits in der Schicht des Bürgertums entlehntes Wertesystem meinte, andererseits aber auf die Einklagung von Bürgerrechten gegenüber einer autoritären Obrigkeit

3 Timothy Garton Ash, *The Magic Lantern. The Revolution of '89 Witnessed in Warsaw, Budapest, Berlin and Prague*, New York 1990, S. 134 ff. Vgl. Jürgen Habermas, *Die nachholende Revolution. Kleine politische Schriften VII*, Frankfurt a. M. 1990; Charles S. Maier, *Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus*, Frankfurt a. M. 2000.

4 Vgl. Ash, *Magic Lantern*, S. 18 ff. Vgl. auch Gale Stokes, *The Walls Came Tumbling Down. The Collapse of Communism in Eastern Europe*, New York 1993.

zielte.⁵ Über ein Jahrhundert später entdeckten Dissidenten wie Tadeusz Mazowiecki und Jiří Dienstbier dieses Konzept wieder, um durch vopolitische Zusammenschlüsse und Herstellung einer Gegenöffentlichkeit die Handlungsfähigkeit der durch Repression stillgelegten Gesellschaft zurückzugewinnen. Timothy Garton Ash hatte den Eindruck, dass damit gleichzeitig Staatsbürgertum und Bürgerlichkeit gemeint waren: „Bürgerrechte und Eigentumsrechte, wirtschaftliche und politische Freiheit, finanzielle und intellektuelle Unabhängigkeit, das eine unterstützt das andere.“ Der Versuch einer historischen Einordnung sollte daher an diesem zentralen Konzept ansetzen.⁶

Eigenartigerweise ist der Begriff der Zivilgesellschaft außer von Karsten Timmer bisher kaum auf den demokratischen Aufbruch in der DDR angewendet worden.⁷ Es dominiert vielmehr eine Widerstandsperspektive,⁸ die eher dem NS-Vergleich entlehnt ist, da der Terminus der Zivilgesellschaft erst relativ spät von den ostmitteleuropäischen Dissidenten auf die DDR-Opposition überging.⁹ Dennoch spricht der Soziologe Detlef Pollack von einer erzwungenen Entdifferenzierung der Gesellschaft, was im Umkehrschluss die Frage nach der Möglichkeit einer Redifferenzierung aufwirft. Waren zivilgesellschaftliche Merkmale wie Selbstorganisation, Gewaltfreiheit, Toleranz, Unabhängigkeit und Bürgerbeteiligung nicht normative Ziele wie praktische Aktionsformen der Bürgerbewegung? Die folgenden Überlegungen wollen daher den Versuch wagen, den Schlüsselbegriff der Zivilgesellschaft auf die Entwicklung der DDR anzuwenden, um die Dynamik ihrer anfänglichen Unterdrückung sowie partiellen Wiederentstehung bis zu ihrer explosionsartigen Rückmeldung und schwierigen Konsolidierung zu skizzieren.¹⁰

-
- 5 Jürgen Kocka (Hg.), *Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich*, München 1988, 3 Bände.
 - 6 Ash, *Magic Lantern*, 147 ff. Vgl. Helmut Fehr, *Eliten und Zivilgesellschaft in Ostmitteleuropa. Polen und die Tschechische Republik (1968–2003)*. In: *APuZ*, B 5–6/2004, S. 48–54.
 - 7 Vgl. Karsten Timmer, *Vom Aufbruch zum Umbruch. Die Bürgerbewegung in der DDR 1989*, Göttingen 2000, S. 16 f., 389 ff. und 63 ff. Vgl. dagegen Eberhard Kuhr u. a. (Hg.), *Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft*, Opladen 1999, S. XII f.
 - 8 Vgl. Ulrike Poppe, Rainer Eckert, Ilko-Sascha Kowalczyk (Hg.), *Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR*, Berlin 1995, sowie Ehrhart Neubert, *Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989*, Berlin 1997.
 - 9 Vgl. Rainer Eckert, *Demokratie- und Sozialismusvorstellungen im Herbst 1989*, www.ifdt.de.
 - 10 Vgl. Detlef Pollack, *Politischer Protest. Politisch alternative Gruppen in der DDR*, Opladen 2000, S. 253 f. Vgl. auch Winfried Thaa, *Die Wiedergeburt des Politischen. Zivilgesellschaft und Legitimitätskonflikt in den Revolutionen von 1989*, Opladen 1996, S. 158 f.; Arnd Bauerkämper (Hg.), *Die Praxis der Zivilgesellschaft. Akteure, Handeln und Strukturen im internationalen Vergleich*, Frankfurt a. M. 2003, S. 7–30.

I. Erzwungene Entbürgerlichung

Im Gegensatz zum westlichen Individualismus ließ der Kollektivismus der marxistisch-leninistischen Gesellschaftsutopie keinen eigenständigen Raum für zivile Selbsttätigkeit. Das polarisierte Klassenkampfdenken sah in den bourgeoisen „Monopolherren“ und adeligen „Junkern“ den Hauptfeind, dessen Macht es zu brechen galt, um eine „antifaschistisch-demokratische“ Erneuerung zu wagen: „Ihr Ziel ist die sozialistische Gesellschaft, die alle Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufhebt, den Klassengegensatz zwischen Armut und Reichtum beseitigt, den Frieden endgültig sichert und eine voll entfaltete Demokratie herbeiführt.“ Politische Voraussetzung dafür war einerseits die durch die SED erreichte „Einheit der Arbeiterklasse“, andererseits die durch die Einheitsfront der anderen Parteien und Organisationen ermöglichte „Zusammenarbeit aller aufbauwilligen demokratischen Volkskräfte“. ¹¹ Diese Vorstellungen zielten auf die Herstellung von sozialer Harmonie durch Überwindung des Klassenkampfes sowie die Kooperation fortschrittlicher Elemente mit der führenden SED – also ein nivellierendes Gegenmodell zur bürgerlichen Gesellschaft. ¹²

Der erste Schritt zur Entdifferenzierung war die Sicherung der kommunistischen Vorherrschaft zunächst durch informelle Vorteile, dann aber auch durch formelle Privilegierung. Die Eroberung Berlins durch die Rote Armee machte die Durchsetzung der Verwaltung mit der KPD zugetanen Elementen möglich und sicherte dieser einen Organisationsvorsprung vor den bürgerlichen Parteien. Daher wurde die Entnazifizierung nicht nur gegen frühere NSDAP-Mitglieder, sondern auch gegen unliebsame Konkurrenten eingesetzt. Gleichzeitig brachte die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei einen erheblichen Zuwachs an Einfluss, der an verbreiteten Sozialisierungshoffnungen anknüpfte. Bei den Landtagswahlen im Herbst 1946 konnte die SED durch systematische Bevorzugung der eigenen Kandidaten rund die Hälfte der Stimmen gewinnen und sich so plebiszitär legitimieren. Allerdings höhnte sie nach ihrer Niederlage in der freien Wahl in Berlin die demokratischen Formen aus, legte die Verteilung der Sitze schon vorher fest und griff zum Ausbau der Polizei sowie anderer Sicherheitskräfte. ¹³

11 Aufruf der KPD. In: Tägliche Rundschau vom 14. 6. 1945; Das Wollen der antifaschistischen Einheitsfront, ebd., 14. 8. 1945; Gründungsauftrag der SED, Manifest an das deutsche Volk. In: Neues Deutschland vom 23. 4. 1946. Vgl. Sigrid Meuschel, Legitimation und Partei herrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR, 1945–1989, Frankfurt a. M. 1992.

12 Vgl. Gibt es in der SBZ Klassenkampf? In: Neues Deutschland vom 7. 10. 1948. Vgl. dazu Konrad H. Jarausch, Die gescheiterte Gegengesellschaft. Überlegungen zu einer Sozialgeschichte der DDR. In: AfS, 39 (1999), S. 1–17.

13 Vgl. Am Beginn des demokratischen Aufbaus. In: Neues Deutschland vom 12. 6. 1946; Großer Wahlsieg der SED in der Zone, ebd., 22. 10. 1946; Blockpolitik erneut bestätigt, ebd., 6. 8. 1948. Vgl. insgesamt Hermann Weber, Die DDR 1945–1990, 3., überarb. u. erw. Auflage München 2000.

Die nächste Stufe war die in der Logik des Marxismus angelegte Umwälzung der wirtschaftlichen Grundlagen durch eine Reihe von Notmaßnahmen, die auf eine permanente Veränderung der Besitzverhältnisse hinzielten. Den Anfang machte die Verstaatlichung von Banken und Finanzen, die für die sowjetische Kontrolle der Währung notwendig war. Dazu kam die „Durchführung der Bodenreform [...], damit nicht nur vielen Landarbeitern, Umsiedlern und landarmen Bauern Boden gegeben, sondern auch die Großgrundbesitzer“, als Hort der Reaktion, „ihrer ökonomischen und damit auch ihrer politischen Macht entkleidet“ würden. Dann wurden durch Bestrafung von „Kriegsverbrechern“ die größeren Industriebetriebe enteignet und in den folgenden Jahren weitere Bergbau-, Stahl- und Energiekonzerne „zum Wohle der Allgemeinheit“ verstaatlicht. Die so entstandenen „Volkseigenen Betriebe“ wurden durch die Einführung der Planwirtschaft koordiniert, die durch eine deutliche Verbesserung der Versorgung die Überlegenheit des Sozialismus demonstrieren sollte.¹⁴

Ein weiteres Element war die der NS-Gleichschaltung ähnelnde Überführung der verschiedenen Vereine in kommunistisch dominierte Massenorganisationen. Am wichtigsten war die Gründung einer „Einheitsgewerkschaft“ im FDGB, die an der „Verbesserung der wirtschaftlichen Grundlage“ mitarbeiten sollte – jedoch nach dem Trauma des 17. Juni in neuer Rolle als Unterstützung volkseigener Betriebe.¹⁵ Die Schaffung einer „selbständigen Jugendorganisation“, der FDJ, ging in eine ähnliche Richtung, war sie doch dazu bestimmt, die unterschiedlichen Jugendgruppen zum „demokratischen Neuaufbau“ zusammenzufassen.¹⁶ Auch die Einrichtung eines „Kulturbundes“ sollte „die unteilbare Einheit deutschen Geisteslebens“ durch Bildung einer fortschrittlichen Großorganisation demonstrieren.¹⁷ Anfangs gerieten sich Neugründungen wie der Demokratische Frauenbund noch als „überparteilich“, aber mit der Zeit wurde ihre Kontrolle durch die Kommunisten deutlicher, so dass die Gesellschaft ihre Fähigkeit zur Selbstorganisation verlor.¹⁸

-
- 14 Sieben Monate Wirtschaftsaufbau. In: Tägliche Rundschau vom 4. 1. 1946; Ergebnisse der Bodenreform in der SBZ, ebd., 14. 4. 1946; Eine demokratische Wirtschaft entsteht. In: Neues Deutschland vom 18. 3. 1948; Ein deutscher Zweijahresplan, ebd., 30. 6. 1948; Volksbetriebe als Rückgrat der Friedenswirtschaft, ebd., 7. 7. 1948.
- 15 Erste Gewerkschaftskonferenz für die gesamte SBZ. In: Tägliche Rundschau vom 12. 2. 1946; Herbert Warnke, Sozialisten und Gewerkschaften. In: Neues Deutschland vom 19. 11. 1948. Vgl. Sebastian Simsch, Blinde Ohnmacht. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund zwischen Diktatur und Gesellschaft in der DDR 1945 bis 1963, Aachen 2002.
- 16 Die Freie Deutsche Jugend Sachsens. In: Tägliche Rundschau vom 11. 4. 1946; Deutsche Jugend für Fortschritt, ebd., 15. 8. 1948. Vgl. Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan, Blaue Hemden – Rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996.
- 17 Das hohe Ziel des Kulturbundes. In: Tägliche Rundschau vom 19. 2. 1946; Kulturbund im Kontrollrat. In: Neues Deutschland vom 3. 2. 1948.
- 18 Demokratischer Frauenbund gegründet. In: Neues Deutschland vom 7. 3. 1948. Vgl. Donna Harsch, Approach/Avoidance. Communists and Women in East Germany, 1945–49. In: Social History, 25 (2000), S. 156–182.

Die einzige gesellschaftliche Kraft, die sich dem Machtanspruch der SED teilweise entziehen konnte, war die Kirche. Anfangs schien die verbreitete Strömung des „christlichen Sozialismus“ eine gewisse Brücke zu bilden. Aber der weltanschauliche Gegensatz, der Machtkampf zwischen der SED und der CDU und die Auseinandersetzung zwischen FDJ und Junger Gemeinde schufen starke Spannungen. Auch wenn Pieck und Grotewohl die Chancen der Kooperation zwischen „Christentum und Marxismus“ betonten, kritisierte der konservative protestantische Bischof Otto Dibelius die Veränderungen in der Ostzone als auf „Gewalt und Unwahrhaftigkeit“ gegründet und beklagte die Behinderung des Gottesdienstes. Dagegen verteidigte ein regimetreuer Landespastor die „Friedenspolitik“ der SBZ, und SED-Intellektuelle wiesen die christliche Pflicht der öffentlichen Stellungnahme als politische Einmischung zurück.¹⁹ Der Konflikt zwischen Kirche und Staat ließ sich daher zwar zeitweise mildern, aber nie ganz aufheben.

Aufgrund solcher Maßnahmen war Ende der fünfziger Jahre der Prozess der erzwungenen Entbürgerlichung daher weitgehend abgeschlossen. In politischer Hinsicht war die DDR ein von der SED „durchherrschter“ Staat geworden, in dem demokratische Bürgerrechte ausgehöhlt und die Blockparteien keine echte Alternative mehr darstellten.²⁰ In sozialer Perspektive war die ostdeutsche Gesellschaft gleichsam „stillgelegt“ worden, indem ihre Klassenunterschiede durch Enteignungen und Austreibungen in den Westen nivelliert worden waren, so dass nur in evangelischen Pfarrhäusern, bei einigen Akademikern und Handwerkerkern noch einige bürgerliche Reste zu finden waren.²¹ Im organisatorischen Bereich hatten die kommunistisch geführten Massenorganisationen ein Monopol errichtet, so dass außer in den bedrängten Kirchen kein Raum mehr für eine selbstständige Zusammenarbeit bestand. Da die Presse als „kollektiver Organisator der sozialistischen Umgestaltung“ verstanden wurde, gab es keine freie Öffentlichkeit mehr, die den Verlust zivilgesellschaftlicher Werte hätte kritisieren können.²²

19 SED und Christentum. In: Neues Deutschland vom 30. 8. 1946; Landespastor Schwartz an Dr. Dibelius, ebd., 23. 6. 1949; Es bleibt dabei: Eure Rede aber sei ja, ja, nein, nein, ebd., 17. 6. 1949. Vgl. Horst Dähn (Hg.), Die Rolle der Kirchen in der DDR. Eine erste Bilanz, München 1993.

20 Begriff von Jürgen Kocka, Eine durchherrschte Gesellschaft. In: ders./Hartmut Kaelble/Hartmut Zwahr (Hg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 547–553, hier S. 547.

21 Christoph Kleßmann, Relikte des Bürgertums in der DDR. In: Kocka/Kaelble/Zwahr, Sozialgeschichte der DDR, S. 254–70. Vgl. Hannes Siegrist, Wie bürgerlich war die Bundesrepublik, wie entbürgerlicht die DDR? Verbürgerlichung und Antibürgerlichkeit in historischer Perspektive. In: Hans-Günther Hockerts (Hg.), Koordinaten deutscher Geschichte in der Epoche des Ost-West Konflikts, München 2004.

22 Albert Norden, Unsere Presse – kollektiver Organisator der sozialistischen Umgestaltung. In: Neues Deutschland vom 21. 4. 1959; Der Sowjetstaat nach zehn Jahren. In: Neue Zürcher Zeitung vom 25. 9. 1959. Vgl. Simone Barck u. a. (Hg.), Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“. Zeitschriften in der DDR, Berlin 1999.

II. Reaktivierung der Gesellschaft

Die eigentliche Überraschung war daher die dennoch stattfindende schrittweise Entwicklung von kritischen Minderheiten in der DDR. Aus der Herrschaftsperspektive wird dieses Phänomen als Übergang zum Poststalinismus oder Spättotalitarismus diskutiert, in dem die Repressionsformen sich von direkter Gewalt zu indirekten Sanktionen wandelten.²³ Auch die Oppositionsliteratur konstatiert ein Ansteigen von passiver Resistenz zu offenem Widerstand, ohne aber die Ursachen dieser Veränderung erklären zu können.²⁴ Dagegen bietet die Betonung von Grenzen der Diktatur einige Hinweise auf nicht intendierte Folgen der Unterdrückung, während der Begriff des Eigen-Sinns der Bevölkerung deren eigenen, nicht völlig zu brechenden Willen betont.²⁵ Entscheidende Vorbedingung für die Artikulation von systemabweichender Meinung war die als Redifferenzierung bezeichnete Wiederherstellung gesellschaftlicher Räume, in denen sich Gruppen bilden konnten, um in Teilöffentlichkeiten eigenständige Politikalternativen zu entwickeln.²⁶

Soziale Versuche, sich durch Erweiterung der Grenzen des Geschmacks und der Kritik eigene Freiräume zu erkämpfen, begannen an ganz unerwarteten Stellen. Wie im NS-Regime bot die Tanzmusik einen ersten Konfliktstoff, da die puristische SED „gegen die dekadente Amüsierkunst“ als den „kulturellen Schutt einer verfallenden Gesellschaftsordnung“ polemisierte. Der auch im Westen zunächst kritisch aufgenommene Rock 'n' Roll war daher im Osten so lange wegen „der Flachheit von Text oder Musik“ verpönt, bis die Partei mit der Einrichtung des Jugendradians DT-64 der Beatle-Manie etwas nachgab, solange sechzig Prozent der Musik aus eigener Amiga-Produktion stammte.²⁷ Neben heißen Rhythmen waren es vor allem Texte über Wehrdienstverweigerung und Republikflucht, die die SED-Tugendwächter so provozierten, dass die „Renft“-Combo

-
- 23 Vgl. Klaus von Beyme, Stalinismus und Poststalinismus im osteuropäischen Vergleich. In: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien, Nr. 13, 1998, S. 8–23; Juan José Linz, Totalitäre und autoritäre Regime, hg. v. Raimund Krämer, Berlin 2000.
- 24 Vgl. Neubert, Geschichte der Opposition; Detlef Pollack/Dieter Rink (Hg.), Zwischen Verweigerung und Opposition. Politischer Protest in der DDR 1970–1989, Frankfurt a. M. 1997; Christoph Kleßmann, Opposition und Resistenz in zwei Diktaturen in Deutschland. In: HZ, 262 (1996), S. 453–479.
- 25 Vgl. Richard Bessel/Ralph Jessen (Hg.), Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen 1996; Thomas Lindenberger (Hg.), Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, Köln 1999.
- 26 Vgl. Detlef Pollack, Die konstitutive Widersprüchlichkeit der DDR. Oder: War die DDR-Gesellschaft homogen?. In: GG, 24 (1998), S. 110–131, sowie ders., Die offene Gesellschaft und ihre Freunde, ebd., 26 (2000), S. 184–196.
- 27 Vgl. Gegen die dekadente Amüsierkunst. In: Neues Deutschland vom 23. 6. 1949; Musikunst, ebd., 6. 6. 1963; Schlagerparade im neuen SED-Rhythmus. In: Süddeutsche Zeitung vom 10. 8. 1965; Hermann Meyer, Probleme der Beatmusik. In: Neues Deutschland vom 23. 6. 1966. Vgl. Dorothee Wierling, Geboren im Jahr Eins. Der Jahrgang 1949 in der DDR. Versuch einer Kollektivbiographie, Berlin 2002, S. 215 ff.

immer wieder verboten wurde, während die apolitischen „Puhdys“ von Erfolg zu Erfolg eilten.²⁸ Einige der wenigen öffentlichen Konflikte, die in der DDR überhaupt möglich waren, entstanden deswegen auch als Krawalle bei Rockkonzerten.

Eine vergleichbare Rolle für Intellektuelle spielte die sich zwischen Lockerung und Reglementierung entwickelnde belletristische Literatur. Streitpunkte des „sozialistischen Realismus“ waren vor allem Fragen der modernistischen Formensprache, die als „Rudimente spätbürgerlichen Denkens“ abgelehnt wurden, sowie die ideologische Linientreue von Versuchen der Kritik an „Widersprüchen unserer sozialistischen Entwicklung“.²⁹ Als Künstler zu offen die Unvollkommenheiten des realen Sozialismus benannten, schritt das 11. Plenum der SED 1965 massiv ein und bezichtigte die Autoren der „antisozialistischen Haltung“. Das Resultat solcher Zensur waren Auftrittsverbote, Publikationssperren und Entlassungen der Autoren, denen die „höhere Qualität des marxistischen Verstehens“ fehle.³⁰ Auch Erich Honeckers persönlicher Präferenz für „saubere Kunst im sauberen Staat“ gelang es nicht, die im künstlerischen Schaffen inhärente Experimentierfreudigkeit zu kanalisieren. Kulturpolitische Konflikte wie die Ausbürgerung von Wolf Biermann hatten ein „besonderes Gewicht“ für die ostdeutsche Gesellschaft, da Romane, Theaterstücke und Filme eine Ersatzfunktion für die fehlende Öffentlichkeit ausübten.

Wegen der Unterdrückung jeder antikommunistischen Regung konnten sich kritische Stimmen, die auf die Diskrepanz zwischen der Utopie und der Realität der DDR hinwiesen, nur auf dem Boden des Sozialismus entwickeln. Der erste Systemkritiker war der Naturwissenschaftler Robert Havemann, der als Kommunist von den Nazis inhaftiert worden war. Trotz seiner privilegierten Stellung desillusionierte ihn die repressive Praxis der SED so sehr, dass er in der Vorlesungsreihe „Naturwissenschaftliche Aspekte Philosophischer Probleme“ öf-

28 Musikopas in der DDR. In: Berliner Stimme vom 27.5.1972; Kraftvoll erklang das Lied des antiimperialistischen Kampfes. In: Neues Deutschland vom 9.2.1987; Der King vom Prenzlauer Berg kriegt die ideologische Kurve. In: Die Welt vom 20.1.1979. Vgl. Uta Poiger, Jaz, Rock and Rebels. Cold War Politics and American Culture in a Divided Germany, Berkeley 2000.

29 Alfred Kurella, Wir schaffen die sozialistische Kultur für die ganze Nation. In: Neues Deutschland vom 18.10.1982; Lockerung der Kulturpolitik in der DDR. In: Neue Zürcher Zeitung vom 5.3.1964; Die SED hält am „sozialistischen Realismus“ fest. In: FAZ vom 27.4.1964. Vgl. Angela Borgwardt, Im Umgang mit der Macht. Herrschaft und Selbstbehauptung in einem autoritären politischen System, Wiesbaden 2002.

30 Das große Reim-und-ich-fress-dich. In: FAZ vom 22.12.1965; Unbeirrbar. In: Neues Deutschland vom 13.1.1966; Fruchtllose Kulturpolitik Pankows. In: Neue Zürcher Zeitung vom 17.8.1966; Walter Ulbricht, Die sozialistische Nationalkultur ist unser gemeinsames Werk. In: Neues Deutschland vom 9.10.1968. Vgl. Günter Agde (Hg.), Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965. Studien und Dokumente, Berlin 1991.

fentlich Kritik an ihrem Dogmatismus übte.³¹ Die Brutalität der folgenden Disziplinierung durch Amtsenthebung, Entfernung aus der Akademie und Parteiausschluss schärfte in Havemann das Bewusstsein für Meinungsfreiheit und Menschenrechte, das er in den Westmedien artikulierte, nachdem er im eigenen Land mundtot gemacht worden war. Seine Forderung nach „Opposition und kritischer Presse“ in der DDR führte zu einem langjährigen „Psychoterror“ durch Hausarrest. Aber gerade durch solche Repressionsmaßnahmen wurde Havemann zum Symbol eines demokratischen Sozialismus, das die Möglichkeit eines systemimmanenten Widerstands zeigte und dadurch eine Gruppe von gleich gesinnten Verfolgten anzog.³²

Gegen Ende der siebziger Jahre tauchte aufgrund sich mehrender Fälle von Dissidenz (Biermann, Bahro) der Begriff einer „Bürgerrechtsbewegung in der DDR“ auf. Er spielte auf Honeckers Unterschrift der Helsinki-Erklärung an, die die SED zur Stabilisierung der Grenzen, einzelne Bürger aber zur Einhaltung von Menschenrechten benutzen wollten.³³ Im Schatten der evangelischen Kirche bildeten sich aus Wehrdienstverweigerern, Gegnern des Wettrüstens und kritischen Theologen Anfang der achtziger Jahre Friedensgruppen, die die offiziellen Beteuerungen des Staates und der Amtskirche beim Wort nahmen. Unter dem Motto „Schwerter zu Pflugscharen“ kritisierten sie zum Beispiel die Militarisierung der ostdeutschen Erziehung und plädierten für die Zulassung eines Wehersatzdienstes. Um diesen Widerstand zu brechen, ging die SED brutal vor, verhängte Gefängnisstrafen und schob Rädelsführer mit Gewalt in den Westen ab.³⁴ Die verbliebenen Pazifisten schlossen sich enger zusammen und reagierten mit Friedenswerkstätten, Mahnwachen und dem Berliner Appell „Frieden schaffen ohne Waffen“. Obwohl die Amtskirche versuchte, mit der Regierung weiter zusammenzuarbeiten, wurden die diversen Friedenskreise, die

31 Robert Havemann, Zehn Thesen zum 30. Jahrestag der DDR. In: europäische ideen, 1980, Nr. 48, S. 33–36. Vgl. Katja Havemann/Joachim Widmann, Robert Havemann oder wie die DDR sich erledigte, München 2003, S. 35 ff. und Clemens Vollnhals, Der Fall Havemann. Ein Lehrstück politischer Justiz, Berlin 1998.

32 Havemann wünscht in der DDR Opposition und kritische Presse. In: Süddeutsche Zeitung vom 9. 8. 1976; Weil viele noch hoffen, harrt Robert Havemann aus. In: Die Welt vom 2. 6. 1978; Das ist die Tragödie der DDR. In: Der Spiegel, 32 (1978) Nr. 40, S. 68 f.; 500 Personen nahmen an der Beisetzung Havemanns teil. In: Tagesspiegel vom 18. 4. 1982.

33 Als ihre Kritik zu laut wurde, mussten die Dissidenten in Haft. In: Die Welt vom 29. 8. 1977; Angela Nacken, Immer mehr wagen den Kampf mit den DDR-Behörden. In: FAZ vom 21. 8. 1976; Rainer Hildebrandt, Menschenrechtserklärung wörtlich genommen. In: Tagesspiegel vom 7. 11. 1976; DDR: Die Bürger werden aufsässig. In: Der Spiegel, 31 (1977) Nr. 43, S. 46 f.

34 Klaus Wolschner, Jena – Vorbote eines Neuen Deutschland? In: Die Zeit vom 17. 6. 1983; Marlies Menge, Eine Art Mahnwache. In: ebd., 9. 9. 1983. Vgl. Johann Gildemeister, Friedenspolitische Konzepte und Praxis der Kirchen. In: Horst Dähn (Hg.), Die Rolle der Kirchen in der DDR. Eine erste Bilanz, München 1993, S. 159–173.

auch weitere Themen wie die Umweltverseuchung aufnahmen, trotz offizieller Sanktionen zum Kern einer aktiven Opposition.

Die staatlichen Repressalien gegen die Friedensbewegung machten es notwendig, „den engen Zusammenhang von Frieden und Menschenrechten“ zu thematisieren. Im Januar 1986 gründeten Berliner Bürgerrechtler eine „Initiative für Frieden und Menschenrechte“ (IFM), da sie merkten, „dass die Ziele der Friedensarbeit von der Durchsetzung demokratischer Grundrechte und -freiheiten abhängig sind“. Obwohl umstritten, war dies ein entscheidender Schritt zur Entstehung einer Opposition außerhalb der evangelischen Kirche, denn ihre Forderungen verbanden einzelne Problemkreise zu einer globalen Kritik der DDR. Der Ruf nach einer „uneingeschränkte[n] Reisefreiheit aller Bürger“ kam der Überwindung der Mauer gleich; das Bestehen auf Beendigung der Einschränkung „elementarer Menschenrechte“ implizierte die Herstellung eines Rechtsstaates; das Verlangen nach „Aufstellung unabhängiger Kandidaten zu Kommunal- und Volkskammerwahlen“ sowie nach Aufhebung aller Restriktionen der „Versammlungs-, Kundgebungs- und Vereinigungsfreiheit“ meinte eine wirkliche Demokratisierung. Im Effekt lief dieses Programm auf die Wiederherstellung einer funktionsfähigen Zivilgesellschaft hinaus.³⁵

Statt auf das Ende der Repression zu warten, bemühten sich die oppositionellen Gruppen um die sofortige Herstellung einer Gegenöffentlichkeit. Dabei halfen auch westliche Journalisten, denn ihre Berichterstattung dokumentierte staatliche Menschenrechtsverletzungen und informierte nicht nur die Bundesrepublik, sondern auch die DDR.³⁶ Begrenzt auf die Innenwirkung war eher die Entwicklung eines ostdeutschen Samisdats aus den hektographierten Veröffentlichungen, die „für den innerkirchlichen Gebrauch“ keiner offiziellen Genehmigungspflicht unterlagen. Aus Gemeindemitteilungen entstanden anspruchsvolle Zeitschriften wie „Grenzfall“ der IFM oder „Umweltblätter“ der Umweltbibliothek, die, mit satirischen Zeichnungen versehen, Informationen aus der Außenwelt wiedergaben, aber auch organisatorische Nachrichten verbreiteten und eine immer schärfere DDR-Kritik artikulierten.³⁷ Trotz unablässiger Repression versuchten Protestgruppen mit gewaltfreien Methoden wie Spruchbändern,

35 Gründungspapier der IFM, Januar 1986. In: Wolfgang Rüdtenklau, Störenfried. DDR-Opposition 1986–1989. Mit Texten aus den „Umweltblättern“, Berlin 1992, S. 56 ff.; Die Reisefreiheit aller Bürger ist nötig. In: Der Spiegel, 40 (1986) Nr. 10, S. 78 ff.; Demokratie und Sozialismus. In: Frankfurter Rundschau vom 21. 5. 1986; Damit Vertrauen wächst, ebd., 11. 8. 1986.

36 Als Beispiele siehe Albrecht Hinze, Hart zugreifen, schnell loslassen. In: Süddeutsche Zeitung vom 12. 10. 1988 und Die SED muss ihre Politik jetzt ändern. In: Die Welt vom 30. 7. 1988. Vgl. auch Havemann/Widmann, Robert Havemann, S. 71 ff.

37 Ulrich Schacht, Bückware des Geistes aus dunklen Hinterzimmern. In: Die Welt vom 17. 9. 1986. Vgl. Rüdtenklau, Störenfried, S. 81–359; Ilko-Sascha Kowalczyk (Hg.), Freiheit und Öffentlichkeit. Politischer Samisdat in der DDR 1985–1989. Eine Dokumentation, Berlin 2002.

Schweigemärschen und Sitzstreiks die Aufmerksamkeit der breiteren Öffentlichkeit zu erregen.³⁸

Der Mehrheit der Ostdeutschen, die sich nicht an oppositionellen Akten beteiligen wollte, blieb nur die Wahl zwischen erzwungener Anpassung oder riskanter Ausreise. Eine verbreitete Haltung war die „Flucht ins Private“, denn im engsten Kreise konnte man sich unabhängig fühlen, solange kein IM die Kritik an die Stasi meldete. Weitere Taktiken waren die Aneignung von sozialistischen Institutionen zu eigenen Zwecken oder die Verschickung von Eingaben, die konkrete Missstände anprangerten.³⁹ Wenn diese Resistenzformen den Druck nicht mehr auffangen konnten, war die einzige Option eine Ausreise in den Westen, die von der SED als „Republikflucht“ denunziert und mit Repressalien verfolgt wurde. Auch dieser Wunsch nach „Reisefreiheit“ in der eingemauerten DDR betraf ein Menschenrecht – allerdings schwächte jeder Erfolg die innere Opposition.⁴⁰ Die Dissidentengruppen hatten daher ein ambivalentes Verhältnis zu den Ausreisenden, denn einerseits unterstützten sie deren Verlangen als manifeste Systemkritik, andererseits bedauerten sie aber die Aussiedlung als Schwächung des kritischen Potenzials.

Aufgrund sozialer Redifferenzierung und intellektueller Kritik wuchs daher langsam eine Opposition zur SED-Diktatur heran, die sich selbstbewusst zur „Gegnerschaft zur praktizierten Politik“ bekannte. Sie rekrutierte sich teilweise aus antiautoritären Jugendlichen, teils aus einer literarisch-künstlerischen „Gegenkultur“, teils aus sozialistischen Dissidenten, teils aus protestantischen Friedensfreunden. Diese Szene mit einigen Tausend Mitgliedern war, im Gegensatz zur Stasi-Vorstellung von einer „Diversio“ des äußeren Klassenfeindes, ein eigenständiges Gewächs, das zwar von den Neuen Sozialen Bewegungen im Westen, den Dissidenten in den sozialistischen Nachbarländern und Gorbatschows Perestrojka beeinflusst, aber ideologisch durchaus selbständig war. Gemeinsamer Nenner der unterschiedlichen Gruppen waren zivilgesellschaftliche Kategorien und Handlungsmuster wie die Betonung von Frieden, das Bestehen auf Menschenrechten, der Wille zur mündigen Einmischung, der Versuch der Bildung von Öffentlichkeit, kurzum die Forderung „zur Machtübergabe an die aufgeklärte, zivile Gesellschaft“.⁴¹

38 Vgl. Helmut Lölhöfel, Der Stumme Kreis von Jena. In: Süddeutsche Zeitung vom 19. 7. 1983; Peter Bolm, SED unter Druck. In: Die Welt vom 22. 12. 1983; Sabine Katze, Die Haft kam prompt, als sie im Betrieb die Arbeit verweigerten. In: Frankfurter Rundschau vom 3. 3. 1984; Peter Jochen Winters, Jegliche „Zusammenrottung“ wird von der Polizei observiert. In: FAZ vom 23. 10. 1986.

39 Hendrik Bussiek, Die Flucht ins Private hält an. In: Vorwärts vom 7. 7. 1977; Günter Gaus, Wo Deutschland liegt. Eine Ortsbestimmung, Hamburg 1983; Alf Lüdtker/Peter Becker (Hg.), Akten, Eingaben und Schaufenster. Die DDR und ihre Texte, Berlin 1997.

40 Bernd Eisenfeld, Flucht und Ausreise. Macht und Ohnmacht. In: Opposition in der DDR, S. 381–424.

41 Günter Zehm, Das große Zittern. In: Die Welt vom 16. 2. 1988; Kritiker der DDR-Verhältnisse berufen sich auf Gorbatschow. In: Tagesspiegel vom 3. 9. 1988; Opposition in

III. Zivilgesellschaftlicher Aufbruch

Nach vier Jahrzehnten weitgehender Sprachlosigkeit meldeten sich im Herbst 1989 die ostdeutschen Bürger plötzlich wieder zu Wort. Angeregt durch die Ausreisewelle, entluden sich Frustrationen über die Schabigheit der DDR, verlor sich die Angst vor der allgegenwärtigen Stasi und äußerte sich die Enttäuschung über den realen Sozialismus.⁴² In Versammlungen, bei Demonstrationen, mit Plakaten überwand die „schweigende Mehrheit“ ihre Resignation und drückte ihre kritische Meinung offen aus. Unerwartet fanden führende Dissidenten wie Bärbel Bohley nun Resonanz für ihre Forderungen nach einem „legalen Raum des Widerstands und der Auseinandersetzung“, kurzum nach „Anerkennung als Staatsbürger dieses Landes“ durch Einhaltung der Verfassungsrechte. Hinter diesem von der Bewegungsforschung untersuchten Prozess der „Selbstbefreiung“ stand jedoch auch eine Wiederherstellung der Zivilgesellschaft, die teils ältere Institutionen reaktivierte, teils neue Formen kollektiver Aktion stiftete.⁴³ Wie verlief der demokratische Aufbruch, auf welche Grenzen stieß die Selbstorganisation der Gesellschaft?

Der erste Akt sozialer Selbstbestimmung war die Durchsetzung des Rechts auf öffentliche Demonstrationen. Immer wieder versuchten Ausreisewillige durch gemeinsames Auftreten ihrer Forderung „wir wollen raus“ Nachdruck zu verleihen, wofür sie regelmäßig bestraft wurden. Gefährlicher für die SED waren dagegen die Kritik von Demonstranten am „Wahlbetrug“ sowie das Insistieren auf „Versammlungsfreiheit“ und Bürgerrechten innerhalb der DDR. Wegen der gewaltlosen Protestmethoden wie „stummer Mahnwachen“, Transparente wie „Für ein offenes Land mit freien Menschen“ und Sprechchören wie „Wir bleiben hier“ hatte das brutale Einschreiten der Sicherheitskräfte den entgegengesetzten Effekt einer Solidarisierung mit den Verhafteten, so dass die Teilnehmerzahlen von Hunderten im August 1989 zu Hunderttausenden im November anschwellen.⁴⁴ Mittelpunkt der Demonstrationen war zwar die Nikolaikirche in

Ost-Berlin fordert von Honecker Verzicht auf Mauer. In: ebd., 28.1.1989. Vgl. Ulrike Poppe u. a. (Hg.), *Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstands und der Opposition in der DDR*, Berlin 1995, S. 244–272; Timmer, *Bürgerbewegung*, S. 69 ff.; Walter Süß, *Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern*, Berlin 1999.

42 Steven Pfaff, *Exit-Voice Dynamics and the Collapse of East Germany. The Crisis of Leninism and the Revolution of 1989*, Durham 2006, betont die Wirkung der Ausreisewelle.

43 Bärbel Bohley, *Vierzig Jahre warten*. In: dies. u. a., ... und die Bürger melden sich zu Wort. 40 Jahre DDR, Frankfurt a. M. 1989, S. 5–11. Vgl. Helmut Dubiel/Günter Frankenberg/Ulrich Rödel, „Wir sind das Volk“. Die Geburt der Zivilgesellschaft in der demokratischen Revolution. In: *Frankfurter Rundschau* vom 2.1.1990; Hartmut Zwahr, *Ende einer Selbsterstörung. Leipzig und die Revolution in der DDR*, Göttingen 1993.

44 Hunderte demonstrierten in Leipzig für Ausreise aus der DDR. In: *Tagesspiegel* vom 14.3.1989; Heute in China – morgen in der DDR?, ebd., 5.8.1989; Ausreiser und Bleiber marschieren getrennt. In: *taz* vom 9.9.1989; Sicherheitskräfte hielten sich bei Demonstrationen in Leipzig zurück. In: *Tagesspiegel* vom 27.9.1989.

Leipzig, aber die Proteste strahlten bald in die gesamte Republik aus. Der entscheidende Durchbruch erfolgte am 9. Oktober, als sich die Bezirksleitung aufgrund fehlender Anweisungen zum Gewaltverzicht durchrang und dadurch den Weg für einen Dialog freimachte.⁴⁵

Der nächste Schritt war die Überführung der informellen Gruppen in feste, öffentlich agierende Organisationen. Am erfolgreichsten war das „Neue Forum“ mit einem zivilgesellschaftlichen Aufruf, der die „gestörte gesellschaftliche Kommunikation“ beklagte und sich als „politische Plattform für die ganze DDR“ anbot, um einen „demokratischen Dialog“ über die notwendigen Reformen zu initiieren. Die Gründer waren etwa dreißig Intellektuelle aus Friedens-, Menschenrechts- und Umweltgruppen, darunter Bärbel Bohley, Katja Havemann, Rolf Henrich, Jens Reich und Reinhard Schult. Den Versuch einer Registrierung nach Artikel 29 der DDR-Verfassung lehnte das Innenministerium mit dem Vorwurf einer „staatsfeindlichen Plattform“ ab. Da aber auf Demonstrationen der Ruf „Neues Forum zulassen“ erscholl und in kürzester Zeit Tausende von Unterschriften gesammelt wurden, war die diffuse oppositionelle Sammlungsbewegung nicht mehr zu stoppen.⁴⁶ Konzeptionell profilierter war die wenig später gegründete Gruppierung „Demokratie Jetzt“, die eine „demokratische Umgestaltung in der DDR“ durch Bürgerrechte, Wirtschaftsreform und Umweltbewusstsein propagierte.⁴⁷

Gleichzeitig fand eine erstaunliche Liberalisierung der Medien statt, die eine eigenständige DDR-Öffentlichkeit konstituierte. Da von der „ideologischen Waffe der Partei“ gelangweilte Bürger eher das Westfernsehen einschalteten, forderten Künstler eine „neue Medienpolitik“, um „ein umfassendes öffentliches Gespräch“ in Gang zu setzen. Durch das Angebot eines „Dialogs zwischen Volk und Regierung“ versuchte die SED zwar eine indirekte Lenkung aufrechtzuerhalten, konnte den Dammbbruch aber nicht mehr verhindern.⁴⁸ Journalisten, die ihre Gängelung satt hatten, fingen an, ausführlich über Tabuthemen wie Staatskorruption zu berichten, unterschiedliche Meinungen wiederzugeben und kriti-

45 Vgl. Festnahmen und Verletzte bei Massendemonstration in Leipzig. In: Tagesspiegel vom 4. 10. 1989; Karl-Heinz Baum, SED wechselt die Signale auf Dialog. In: Frankfurter Rundschau vom 11. 10. 1989; Karl-Dieter Opp/Peter Voß, Die volkseigene Revolution, Stuttgart 1993.

46 Oppositionsgruppe in der DDR gegründet. In: Tagesspiegel vom 12. 9. 1989; Neues Forum ist staatsfeindlich. In: Kieler Nachrichten vom 22. 9. 1989; Wir werden immer mehr. In: Der Spiegel, 43 (1989) 40, S. 25 f. Vgl. Das Neue Forum. Selbstportrait einer Bürgerbewegung. In: Materialien zur gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, Bonn 1990, S. 4 f.

47 Hans-Jürgen Fischbeck/Ludwig Mehlhorn/Wolfgang Ullmann/Konrad Weiss, Aufruf zur Einmischung. In: taz vom 12. 9. 1989. Vgl. Ulrike Poppe, Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“. In: Hubertus Knabe (Hg.), Aufbruch in eine andere DDR. Reformen und Oppositionelle zur Zukunft ihres Landes, Reinbek 1989, S. 160–162.

48 Künstler der DDR rufen nach einer neuen Medienpolitik. In: Süddeutsche Zeitung vom 13. 10. 1989; Peter J. Winters, Angelika Unterlauf darf unerhörte Dinge sagen. In: FAZ vom 14. 10. 1989; Günter Schabowski, Mündige Bürger und mündige Journalisten brauchen einander. In: Neues Deutschland vom 11. 11. 1989.

sche Kommentare zu senden. Eine Flut von Leserbriefen ergoss sich über die Zeitungen, um zurückgehaltene Beschwerden zu ventilieren. Bei der Nachrichtensendung „Aktuelle Kamera“ schnellten die Einschaltquoten in die Höhe und der antiwestliche „Schwarze Kanal“ wurde abgeschaltet. Ein Flüchtling kommentierte sarkastisch: „Echt, was die zur Zeit bringen, grenzt fast an Pressefreiheit.“⁴⁹

Ein erster Bruch mit der zivilgesellschaftlichen Einheit war die Gründung von politischen Parteien, da sie deutlich über einen unverbindlichen Dialog hinausgingen. Den längsten Vorlauf hatte die Sozialdemokratische Partei, die als sozial-ethische Demokratiebewegung aus Friedens- und Menschenrechtsgruppen der protestantischen Kirche entstand, wie ihre Gründung durch Pfarrer wie Markus Meckel, Steffen Reiche und Martin Gutzeit andeutet. In scharfem Kontrast zum bürokratischen Sozialismus sah sich die SDP als Partei der „ökologisch orientierten sozialen Demokratie“, die bewusst an die Traditionen der SPD anknüpfen wollte.⁵⁰ Etwas konservativer, obwohl auch aus dem evangelischen Milieu stammend, war der „Demokratische Aufbruch“ (DA), der sich ebenso als bürgerrechtliche Sammlungsbewegung verstand, durch seine Kontakte mit der westdeutschen CDU und Aufnahme von Vereinigungswünschen aber in ein bürgerliches Fahrwasser geriet.⁵¹

Eine weitere Folge der sozialen Gärung waren auch die Wiederbelebung des ostdeutschen Parlamentarismus und der Zerfall des „nationalen Blocks“. Die Aktivierung kritischerer Geister in der CDU führte z. B. zur Forderung von solch unerhörten Rechten wie Reisefreiheit, Meinungsvielfalt und Demokratisierung der Parteiarbeit.⁵²

Der demokratische Aufbruch kulminierte in der Einrichtung des Runden Tisches, der die Reformdiskussion außerhalb der unglaublichen Instanzen institutionalisieren sollte. Die nach der Maueröffnung etablierte Einrichtung war ein Ausdruck des gesellschaftlichen Patts, in dem die SED und ihre Massenorga-

49 Hans B. Karutz, Nachdenkliche Stimmen in den Medien der DDR. In: Die Welt vom 12. 10. 1989; Walter Hömbert, Klassenfeind mitten im Wohnzimmer. In: Rheinischer Merkur vom 20. 10. 1989; Seit Montag guckt Schnitzler in die Röhre. In: Frankfurter Rundschau vom 1. 11. 1989; Immer mehr Zuschauer sehen Aktuelle Kamera. In: FAZ vom 13. 11. 1989.

50 Parteigründung in der DDR. In: Frankfurter Rundschau vom 9. 10. 1989; Trügerische Hoffnungen. In: Vorwärts vom 1. 11. 1989; Wir werden nach dem 6. Mai mit am Regierungstisch sitzen. In: Augsburger Allgemeine vom 22. 12. 1989. Vgl. Konrad H. Jarausch, „Die notwendige Demokratisierung unseres Landes“. Zur Rolle der SDP im Herbst 1989. In: Bernd Faulenbach/Heinrich Potthoff (Hg.), Die deutsche Sozialdemokratie und die Umwälzung 1989/90, Essen 2001, S. 52–68.

51 Vgl. In dieser Lage wird's ungeheuer spannend. In: Die Welt vom 16. 9. 1989; Das wird sehr bunt sein müssen. In: taz vom 3. 10. 1989; Christian Wernicke, Eine neue Partei mit Bonner Bügelfalten. In: Die Zeit vom 22. 12. 1989.

52 Manfred Gerlach. In: Stuttgarter Zeitung vom 7. 10. 1989; CDU-Mitglieder in der DDR fordern zu Reformvorschlägen auf. In: FAZ vom 18. 9. 1989; Heinrich Jänecke, Preuß, Christ und Demokrat. In: Der Stern vom 7. 12. 1989; Der Block ist zerbrochen. In: Neues Deutschland vom 7. 12. 1989.

nisationen alle Machtmittel kontrollierten, die zersplitterten Oppositionsgruppen und Parteien aber die Glaubwürdigkeit und dadurch die Unterstützung der Bevölkerung besaßen. Unter der Vermittlung der Kirchen bot der zentrale Runde Tisch einen neutralen Ort, an dem sich Initiativen wie Neues Forum und SDP mit der Regierung, den Massenorganisationen und den Blockparteien treffen konnten, um die Zukunft des Landes zu diskutieren. Dahinter stand ein Grundkonsens, der beide Seiten zu Kompromissen beflügelte: „Es ist die demokratisch-sozialistische Idee einer reformierbaren DDR“.⁵³ Die auf allen Ebenen eingerichteten Runden Tische waren ein Versuch der Institutionalisierung der Zivilgesellschaft, weil ihre Vertreter dadurch den sozialen Reformprozess mitbestimmen konnten.

In der Auseinandersetzung um die Macht und die Zukunft der DDR befanden sich die oppositionellen Gruppen jedoch bald im Nachteil. Zwar konnten Bürgerrechtler die Rekonsolidierung der SED/PDS durch den Sturm auf die Stasi-Zentrale an der Normannenstraße verhindern, aber im Wahlkampf waren sie als Polit-Amateure deutlich überfordert.⁵⁴ Westliche Parteien gingen professioneller vor, druckten massenhaft Plakate und Broschüren und stellten geübte Redner zur Verfügung. Die östliche Opposition kämpfte dagegen mit witzigen, aber nur hektographierten Handzetteln und medienscheuen Kandidaten, die „einen Selbstfindungsprozess“ verfolgten. Daher war eine Fusion der politischen Parteien mit ihren westlichen „Schwestern“ unausweichlich. Anfangs genossen die Sozialdemokraten einen Vorsprung, dann aber holten die aus der CDU-Blockpartei und dem DA geschmiedete „Allianz für Deutschland“ sowie die Liberalen auf.⁵⁵ Wegen der offenen Grenze zur Bundesrepublik gelang es zivilgesellschaftlichen Gruppen wie dem Bündnis 90 nicht, ohne Professionalisierung direkt Politik zu machen.

Der überraschende Wahlsieg der „Allianz für Deutschland“ mit 48 Prozent im März 1990 beschleunigte die Kanalisierung des zivilgesellschaftlichen Aufbruchs in traditionelle parlamentarische Formen. Entscheidender Grund dafür war die Weigerung der Bevölkerungsmehrheit, die den Protesten die Massensbasis gegeben hatte, das Projekt eines „Dritten Wegs“ weiter zu verfolgen. Inhaltlich war das Resultat vor allem „ein Votum für die Einheit“, und zwar für den von der CDU versprochenen „schnellen Weg“ des Beitritts, statt der langsame-

53 Oppositionsgruppen fordern Gespräche am Runden Tisch. In: Tagesspiegel vom 15.11.1989; Alte Hasen aus dem Untergrund. In: Süddeutsche Zeitung vom 2.12.1989; Rauhe Zeiten. In: Der Spiegel, 43 (1989) 52, S. 23 f. Vgl. Uwe Thaysen, Der Runde Tisch oder Wo blieb das Volk? Der Weg der DDR in die Demokratie, Opladen 1990.

54 Sturm auf Stasi-Zentrale ist die Folge der Verschleierungspolitik. In: Die Welt vom 17.1.1990. Vgl. ferner Süß, Staatssicherheit, 723 f.

55 Pressemitteilung der Grünen vom 9.1.1990; Interview mit Bärbel Bohley. In: Schweizer TZ vom 10.2.1990; Joachim Nawrocki, Betäubt vom Tempo der Profis. In: Die Zeit vom 9.2.1990; Klaus-Dieter Frankenberger, Beim Stichwort Canvassing sind einige Leute ratlos. In: FAZ vom 24.2.1990; Kinder der Demokratie. In: Der Spiegel, 44 (1990) Nr. 7.

ren und sozial besser abgefederten Gangart der SPD. Gleichzeitig war es gewissermaßen „eine Gegenentscheidung“ gegen den realen Sozialismus, auch wenn einige Werte wie das Recht auf Arbeit weiterwirkten. Schließlich ging es auch um die Verbesserung der materiellen Lebenschancen durch eine baldige Wirtschafts- und Währungsunion, die von Westintellektuellen als Bananenreflex verspottet wurde. Ironischerweise fanden sich die überraschend überlebende PDS und die Minderheit der Bürgerbewegten auf derselben Seite der Befürworter der Fortführung eines reformierten Sozialismus in einer eigenständigen DDR.⁵⁶

Nach ihrer Niederlage versuchten Bürgerrechtler ihr zivilgesellschaftliches Vermächtnis als Verfassungsentwurf des Runden Tisches zu perpetuieren. Zwar hatte der Text seinen praktischen Zweck verloren, aber seine Autoren hofften, eine „gesamtdeutsche Verfassungsdebatte“ anzustoßen. Der Entwurf war darin innovativ, dass er die Verfassung nicht als „autoritative Satzung des Souveräns, sondern als ein wechselseitiges Versprechen von Bürgern“ konzipierte, „die sich dadurch zur ‚Zivilgesellschaft‘ konstituieren“. Inhaltlich neu waren die Berücksichtigung von Bürgerbewegungen, die Parteifinanzierung über den Bürgerbonus, Elemente direkter Bürgerbeteiligung und soziale Grundrechte auf Arbeit, Umweltschutz und Abtreibung. Kein Wunder, dass konservative Juristen ein so linksliberales Dokument als „Dritten Weg zum zweiten Fall“ kritisierten und behaupteten, das Grundgesetz „enthält in seinen Prinzipien diejenigen Ideale, für die die Revolution der DDR gestritten hat“.⁵⁷ Obwohl die zivilgesellschaftliche Protestkultur der Bürgerbewegung eine ungeahnt dynamische Mobilisierung ermöglichte, machte ihre inhärente Machtabstinenz eine Rückkehr zu traditionellen Politikformen unvermeidlich.

IV. Schwächen ostdeutscher Zivilgesellschaft

Im Gegensatz zu den östlichen Nachbarländern konnte sich die entstehende ostdeutsche Zivilgesellschaft nicht selbstständig weiterentwickeln, sondern sie wurde durch die Vereinigung in eine bereits bestehende, westliche *civil society* überführt. Die Vorteile einer Aufnahme in die Bundesrepublik waren einleuchtend: Das bewährte Grundgesetz garantierte bürgerliche Grundrechte; die parlamentarischen Institutionen boten Instrumente politischer Beteiligung; die Aufnahme

56 Wahlkommentare der Politiker vom 18. 3. 1990 in der ARD; „Revolutionäre“ rücken in den Hintergrund. In: Süddeutsche Zeitung vom 21. 3. 1990; Elisabeth Noelle-Neumann, Ein demokratischer Wahlkampf gab den Ausschlag. In: FAZ vom 23. 3. 1990; Manfred Berger/Wolfgang Gibowski/Diether Roth, Ein Votum für die Einheit. In: Die Zeit vom 23. 3. 1990.

57 Gesamtdeutsche Verfassungsdebatte statt Wahlkampf. In: taz vom 3. 3. 1990; Ulrich K. Preuss, Auf der Suche nach der Zivilgesellschaft. In: FAZ vom 28. 4. 1990; Gerd Roelcke, Dritter Weg zum zweiten Fall. In: ebd., 12. 6. 1990; Deutscher Einigungsprozess: Nicht die Zeit für Verfassungsexperimente. In: CDU-Pressedienst vom 28. 6. 1990.

in die sozialen Sicherungssysteme verhinderte den Absturz in die Armut; der Beitritt in bestehende Organisationen erleichterte die Durchsetzung von Interessen. Aber Kritiker wiesen nicht zu Unrecht auch auf eine Reihe von gravierenden Nachteilen hin: Die Übernahme bestehender Einrichtungen lähmte die Eigeninitiative; die ungleichen Mehrheitsverhältnisse erschwerten die Durchsetzung östlicher Anliegen wie die Aufrechterhaltung der Abtreibung und den Zugang zu den Stasi-Akten; der abrupte Übergang in die Marktwirtschaft verlangte große Anpassungsanstrengungen.⁵⁸ Wie wirkte sich diese Überlagerung eigenständiger Ansätze durch westliche Strukturen auf die Weiterentwicklung der ostdeutschen Zivilgesellschaft aus?

Obwohl die DDR-Bürger allen Grund hatten, „erhobenen Hauptes, selbstbewusst in die Einheit zu gehen“, wurden ihre Erwartungen nur zum Teil erfüllt.⁵⁹ Im Verlauf der Vereinigung hatte sich die Bürgerbewegung so stark programmatisch ausdifferenziert und organisatorisch zersplittert, dass sie durch Zusammenarbeit mit westdeutschen Partnern ihre Eigenständigkeit verlor. Bei ihren Akteuren konnte sich einerseits eine in den Parteien engagierte oder berufliche Chancen nutzende Mehrheit durchsetzen, andererseits zog sich eine über das Ende „der schönen Revolution“ enttäuschte Minderheit wieder zurück, in Bärbel Bohleys Worten: „Wir haben für Gerechtigkeit gekämpft, doch was wir erhalten haben, war der Rechtsstaat.“ Stattdessen wurde die Transformation der neuen Bundesländer ein Tummelplatz der Mitglieder von Blockparteien und gewendeten Postkommunisten sowie westlichen „Entwicklungshelfern“. Kein Wunder, dass die politische Hochstimmung der mit den schwierigen Umbruchsfolgen kämpfenden Bevölkerung bald zurückging und neuen Zukunftssorgen Platz machte.⁶⁰

Unter den Organisationen entwickelte sich bald eine größere Vielfalt, die allerdings oft vom Westen dominiert wurde und daher die Artikulation eigener Interessen nur partiell zuließ. Einerseits konnten Vereine nun ihre Betriebsbindung und sozialistischen Namen abstreifen, an ältere Traditionen anknüpfen und wieder auf Freiwilligkeit bauen. Andererseits breiteten sich bei den Parteien, Gewerkschaften und Verbänden westliche Organisationen systematisch nach

58 Vgl. Interview mit Günther Krause. In: Deutscher Fernsehfunk vom 25.8.1990; Lothar de Maizière, Dieser Vertrag regelt den Beitritt in ausgewogener Balance. In: Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 1.9.1990; Hans-Jochen Vogels politischer Bericht vor der Fraktion. In: SPD-Pressedienst vom 4.9.1990; Ulrich K. Preuss, Der Liquidationsvertrag. In: taz vom 14.9.1990.

59 Erhobenen Hauptes in die Einheit gehen. In: Kölner Stadt-Anzeiger vom 18.8.1990; DDR-Identität? In: Neues Deutschland vom 29.9.1990. Vgl. Thomas Bulmahn, Zur Entwicklung der Lebensqualität im vereinigten Deutschland. In: APuZ, B 40/2000, S. 30-38.

60 Rainer Schedlinski, die phase der schönen revolution ist vorbei. In: Stefan Heym/Werner Heiduczek (Hg.), Die sanfte Revolution. Prosa, Lyrik, Protokolle, Erlebnisberichte, Reden, Leipzig 1990, S. 339-345. Vgl. Jan Wielgohs, Auflösung und Transformation der ostdeutschen Bürgerbewegung. In: DA, 26 (1993), S. 426-434; Detlef Pollack, Was ist aus den Bürgerbewegungen und Oppositionsgruppen der DDR geworden?. In: APuZ, B 40-41/1995, S. 34-45.

Osten aus, um so eine gesamtdeutsche Machtbasis für die Durchsetzung ihrer Ziele zu schaffen. Dadurch landeten ostdeutsche Mitglieder strukturell in einer dauerhaften Minderheitsposition, in der sie nur selten ihre besonderen Wünsche anmelden, geschweige denn durchsetzen konnten. Die Überreste eigenständiger Vereinigungen sind nur bei den stark geschrumpften postkommunistischen Gruppierungen sowie den Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen zu finden, die miteinander verfeindete Subkulturen bilden. Wegen dieser Institutionalisierungsschwäche weisen quantitative Indikatoren auf ein erhebliches Partizipationsdefizit im Osten hin.⁶¹

Auch der Zusammenbruch der ostdeutschen Wirtschaft machte die Wiederbelebung eines zivilgesellschaftlichen, öffentlichen Engagements nicht gerade leichter. Der zu hoch angesetzte Umtauschkurs deckte brutal die Strukturschwäche der Niedriglohnplanwirtschaft auf, die dem doppelten Übergang in den marktwirtschaftlichen Wettbewerb und die postindustrielle Produktionsform nicht gewachsen war. Die gewinnorientierte Praxis der Treuhandprivatisierung erzwang das Zerschlagen der maroden Kombinate und die Übernahme durch starke Westpartner, so dass nur einige Reste den Umbruch überlebten. Die enormen Finanztransfers aus dem Westen sanierten zwar die materielle Infrastruktur und federten die sozialen Folgen ab, gingen aber zu wenig in Investitionen für neue produktive Betriebe, so dass die Arbeitslosigkeit trotz aller ABM-Maßnahmen und Umschulungen vor allem für Frauen erschreckende Ausmaße annahm und die Westwanderung nicht gestoppt wurde. Weil ein neuer Mittelstand nur langsam auf die Beine kam, blieben die materiellen Voraussetzungen für bürgerliche Selbsttätigkeit bescheiden.⁶²

Der eindrucksvolle Aufbruch der ostdeutschen Öffentlichkeit endete ebenso im Widerspruch zwischen bunter Neuheit und indirekter Abhängigkeit. Zweifellos war der Informationsgehalt der Printmedien, bis auf die notorische *Super-Illu*, höher als in der DDR, so dass Bürger politische Ereignisse besser verfolgen konnten. Auch die internationale Einbindung verbesserte das Unterhaltungsangebot von Film und Fernsehen, während der freie Zugang zur globalen Populärkultur eine Verwestlichung beförderte. Aber der harte Wettbewerb führte schnell zum Scheitern von ostdeutschen Neugründungen, zur Übernahme der meisten Zeitungen durch Westverlage und zur Westbesetzung der Vorstandsetagen der Fernseh- und Radioanstalten. Obwohl sich ein regional abgeschotteter Medienmarkt gebildet hat, beschwerten sich ostdeutsche Intellektuelle von

61 Vgl. Eckhard Priller, Veränderungen in der politischen und sozialen Beteiligung in Ostdeutschland. In: Wolfgang Zapf/Roland Habich (Hg.), Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland. Sozialstruktur, sozialer Wandel und Lebensqualität, Berlin 1996, S. 285 ff.

62 Vgl. Jörn Ewaldt u. a., Zwischenbilanz der Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland. In: DA, 31 (1998), S. 371–383; Klaus-Peter Schwitzer, Ältere und alte Menschen in den neuen Bundesländern im zehnten Jahr nach der Wende. Eine sozialwissenschaftliche Bilanz. In: APuZ, B 43–44/1999, S. 32–39. Vgl. insgesamt Rainer Geißler, Nachholende Modernisierung mit Widersprüchen. Eine Vereinigungsbilanz aus modernisierungstheoretischer Perspektive. In: APuZ, B 40/2000, S. 22–29.

Daniela Dahn bis Hans-Jürgen Misselwitz über eine kulturelle Kolonialisierung. Aber gerade die Selbstbehauptung in eigenen Zeitschriften wie *Wochenpost* und *Berliner Debatte Initial* erleichterte langfristig ihre Eingliederung in die gesamtdeutsche Medienkultur.⁶³

In den subjektiven Ansichten der Ostdeutschen ist schließlich die Schwäche der Zivilgesellschaft ebenso evident, da der kollektive und konsensorientierte Erwartungshorizont eher auf eine postsozialistische Vorstellung von „Zivilgemeinschaft“ hindeutet. Die unterschiedlichen Reaktionen auf die Vereinigung, die von Befreiungsfreude über Neugier auf Chancen oder Verunsicherung durch Fremdheit bis zu sozialistischem Phantomschmerz reichen, werden mehr und mehr von Erfahrungen der Vereinigungskrise überlagert. In Umfragen bezeichnet sich mehr als die Hälfte als Einheitsgewinner, während sich ein Drittel als Verlierer des Umbruchs versteht. Die schlechten Erinnerungen an den realen Sozialismus und die enormen Anforderungen des Umbruchs haben zu einem verbreiteten Rückzug in die Privatheit geführt, der soziales Engagement scheut. Auch wenn die Vereinigung positiv gesehen wird, hat die fehlende Achtung ostdeutscher Leistungen eine verbreitete Demokratieskepsis genährt, die erst durch positive Erfahrungen mit eigenem Engagement in der gesamtdeutschen Gesellschaft zu überwinden sein wird.⁶⁴

V. Zivilgesellschaftliche Herausforderungen

In der ostdeutschen Selbstbefreiung spielte daher die Zivilgesellschaft eine Schlüsselrolle, denn ihre Unterdrückung, partielle Wiederentstehung und dramatische Rückmeldung bestimmten weitgehend den Prozess. Erstens setzte die Utopie des Marxismus zur Erreichung künftiger Gerechtigkeit prinzipiell auf den Kollektivismus des Proletariats und zerstörte daher die rechtlichen und sozialen Voraussetzungen bürgerlicher Selbsttätigkeit. Zweitens bereitete die Entstehung von Dissidentengruppen durch Einklagung von Bürgerrechten, Formulierung von öffentlicher Kritik und Vernetzung in gemeinsamen Aktionen durch

63 Vgl. Karin Rohnstock, Mentalität ist eine Haut. In: FAZ vom 10.7.1999; Laurence McFalls, Die kulturelle Vereinigung Deutschlands. Ostdeutsche politische und Alltagskultur vom real existierenden Sozialismus zur postmodernen kapitalistischen Konsumkultur. In: APuZ, B 11/2001, S. 23–29; Dietrich Mühlberg, Beobachtete Tendenzen zur Ausbildung einer ostdeutschen Teilkultur, ebd., S. 30–38; Daniela Dahn, Westwärts und nicht vergessen. Vom Unbehagen in der Einheit, Berlin 1996; Hans-Jürgen Misselwitz, Nicht länger mit dem Gesicht nach Westen. Das neue Selbstbewusstsein der Ostdeutschen, Bonn 1996.

64 Peter Förster, „Es war nicht alles falsch, was wir früher über den Kapitalismus gelernt haben.“ Empirische Ergebnisse einer Längsschnittstudie zum Weg junger Ostdeutscher vom DDR-Bürger zum Bundesbürger. In: DA, 34 (2001), S. 197–218; Detlef Polack, Wirtschaftlicher, sozialer und mentaler Wandel in Ostdeutschland. Eine Bilanz nach zehn Jahren. In: APuZ, B 40/2000, S. 13–21.

die „Erfahrung von Zivilcourage und Widerstand“ die Unterminierung der Fürsorgediktatur von innen vor. Drittens beschleunigte die Kristallisierung einer Opposition die Wiedergewinnung des Demonstrationsrechts, die Wiederherstellung einer pluralen Öffentlichkeit und die Artikulation von alternativen Konzepten, die das Politikmonopol der SED durch eine Machtteilung am Runden Tisch aufbrachen und mit freien Wahlen das Aufbegehren in parlamentarische Bahnen kanalisieren.⁶⁵ Wegen der Überlagerung durch das westliche System blieb die postsozialistische Zivilkultur jedoch zu schwach, um sich in der gesamtdeutschen Konfliktgesellschaft durchsetzen zu können.⁶⁶

Die zivilgesellschaftliche Dimension ist auch daher aus der Bürgerbewegung und dem demokratischen Aufbruch nicht wegzudenken, weil sie gleichzeitig normative Ziele vorgab und Wege zur Veränderung bereitstellte.⁶⁷ Waren nicht die Organisierung von Dissidentengruppen und ihre wachsende Vernetzung gleichsam eine Vorwegnahme der Selbstorganisation freier Bürger? Waren nicht die Kritik der Militarisierung der Gesellschaft und die Strategie des gewaltfreien Protests Ausdruck eines Willens nach zivilem Umgang? War nicht der Aufruf zur Einmischung in eigener Sache ein Appell an die individuelle Zivilcourage und das Verantwortungsgefühl für die Gemeinschaft? Waren nicht die Abkehr von der maroden Planwirtschaft und der Ruf nach einer „öko-sozialen Marktwirtschaft“ ein Versuch der Wiedergewinnung ökonomischer Grundlagen von Bürgerlichkeit? Da diese Programme und Aktionsformen alle Kriterien der Kockaschen Definition von Zivilgesellschaft erfüllen, sollte diese vernachlässigte Kategorie endlich auch auf die DDR angewendet werden.⁶⁸ Allerdings müsste sie dann durch Anregungen aus der Protestforschung erweitert und zu einem Prozessansatz ausgebaut werden.⁶⁹

Der synchrone Vergleich mit anderen ostmitteleuropäischen Transformationsstaaten weist ebenso auf das Potenzial einer zivilgesellschaftlichen Analyse der neuen Bundesländer hin, da sie die sozio-kulturellen Fundamente der De-

65 Wolfgang Merkel/Hans-Joachim Lauth, Systemwechsel und Zivilgesellschaft. Welche Zivilgesellschaft braucht die Demokratie?. In: APuZ, B 6-7/1998, S. 3-12. Thaa, Die Wiedergeburt des Politischen, 357 f. spart den ostdeutschen Fall aus.

66 Vgl. Dietrich Mühlberg, Schwierigkeiten kultureller Assimilation. Freuden und Mühen der Ostdeutschen beim Eingewöhnen in neue Standards des Alltagslebens. In: APuZ, B 17/2002, S. 3-11; Joyce M. Mushaben, Democratization as a Political-Cultural Process. Social Capital and Citizen Competence in the East German Länder, MS, St. Louis 1998.

67 Der lobenswerte Versuch von Karsten Timmer beschränkt sich weitgehend darauf, Analogien der Zielvorstellungen zwischen den ostmitteleuropäischen Dissidenten und den ostdeutschen Bürgerrechtlern hervorzuheben, verfolgt diese Einsicht aber dann in der Analyse des demokratischen Aufbruchs nur sporadisch und bricht die Untersuchung mit dem Runden Tisch ab. Timmer, Bürgerbewegung, S. 79-386.

68 Vgl. Jürgen Kocka, Zivilgesellschaft als historisches Problem und Versprechen. In: Manfred Hildermeier u. a. (Hg.), Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West. Begriff, Geschichte, Chancen, Frankfurt a. M. 2000, S. 13-39.

69 Vgl. Pollack, Politischer Protest; Pfaff, Exit-Voice Dynamics. Vgl. auch Karl-Dieter Opp/Peter Voß, Die volkseigene Revolution, Stuttgart 1993.

mokratisierung thematisiert.⁷⁰ Der dabei zu Tage tretende empirische Befund ist jedoch etwas widersprüchlich: Einerseits kann Ostdeutschland auf die Erfahrung des erfolgreichen demokratischen Aufbruchs zurückgreifen, hat durch die Vereinigung ein freiheitliches Rechtssystem gewonnen und durch den Solidarpakt 1 250 Milliarden DM an Transferzahlungen erhalten. Andererseits scheint die Enttäuschung der Bürgerbewegung wegen ihres Bedeutungsverlusts groß, ist die schweigende Mehrheit wegen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten ernüchtert und machen viele Bürger von den neuen Partizipationsmöglichkeiten nur selten wie bei Hartz IV Gebrauch. Dennoch sind die Macht der Postkommunisten gebrochen, die Aufklärung über die Machenschaften der SED-Diktatur gelungen und der Lebensstandard ansprechend. Dadurch sind vergleichsweise gute Voraussetzungen für eine Selbstbestimmung gegeben – wenn sich nur die neuen Bürger auf ihre eigenen Stärken besinnen.⁷¹

Auch in einer diachronen Perspektive erscheint der Sturz des Kommunismus als einer der wenigen Erfolge des demokratischen Aufbegehrens in Deutschland. Der erste Versuch in der Revolution von 1848 war an der Überkreuzung der Probleme einer freiheitlichen Verfassungsgebung, nationalen Einigung und sozialen Befriedung kläglich gescheitert. Der zweite Anlauf inmitten der Niederlage von 1918 versank im Chaos der Weimarer Republik, im Ressentiment gegen den Frieden von Versailles und in der Arbeitslosigkeit der Weltwirtschaftskrise. Der dritte Ansatz nach der zweiten vernichtenden Niederlage von 1945 kam weitgehend von außen, führte zur Teilung des Landes und brachte eine zweite, egalitäre Diktatur im Osten, aber eine freie Zivilgesellschaft im Westen. Erst die vierte Anstrengung im demokratischen Aufbruch von 1989/90 trug den Rechtsstaat in den Osten, stellte einen verkleinerten Nationalstaat wieder her und führte die soziale Marktwirtschaft im ganzen Lande ein.⁷² Nur mit dem letzten Umbruch konnte die im Vormärz gestellte „deutsche Frage“ durch ihre europäische Einbettung wirklich gelöst werden.

Aufgrund dieser positiven Erfahrung könnte man schließlich überlegen, ob die im Westen erprobte und im Osten sich konsolidierende Zivilgesellschaft nicht Impulse für die Bewältigung der gegenwärtigen Globalisierungskrise zu geben vermag. Die massive Entindustrialisierung, verbreitete Bevölkerungsflicht und Absenkung der sozialen Unterstützung sind weniger der Vereinigungskrise als dem globalen Wirtschaftswettbewerb anzulasten, der gleichzeitig auch die EU und damit die erweiterte Bundesrepublik unter Druck setzte. Statt dem Ge-

70 Eine Google-Suche unter dem Begriff „Zivilgesellschaft“ sowie eine kurze Bibliotheksrecherche belegen den Eindruck, dass er vor allem auf Osteuropa bezogen wird. Vgl. auch Wolfgang Merkel (Hg.), Systemwechsel. Theorien, Ansätze und Konzeptionen, 5 Bände, Opladen 1994–2000.

71 Vgl. Fehr, Eliten und Zivilgesellschaft in Ostmitteleuropa und Das Ende der Illusion. In: Der Spiegel, 58 (2004) 39, S. 62 ff.

72 Vgl. Gerhard A. Ritter, Der Umbruch von 1989/91 und die Geschichtswissenschaft, München 1995; Konrad H. Jaraus, Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945–1995, München 2004.

fühl der Ohnmacht nachzugeben und auf staatliche Abhilfen zu warten, die bei wachsender Verschuldung ohnehin illusorisch sind, wäre es besser, sich auf Bürgertugenden zu besinnen und die Dinge selbst in die Hand zu nehmen.⁷³ Auch wenn sie zunächst zu schwach erscheinen mögen, bieten individuelle Initiative, freiwillige Nachbarschaftshilfe, Zusammenarbeit in Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und internationale Vernetzung innovative basisdemokratische Methoden für einen Widerstand gegen Auswüchse des Kasinokapitalismus an. Warum sollte eine Zivilgesellschaft, die im Westen eine postfaschistische Läuterung durchgesetzt und im Osten den Kommunismus gestürzt hat, vor der neuen Herausforderung der Globalisierung verzagen?!⁷⁴

73 Vgl. Paul Nolte, *Generation Reform. Jenseits der blockierten Republik*, München 2004; Gabriele Metzler, *Der deutsche Sozialstaat: vom bismarckschen Erfolgsmodell zum Pflegefall*, München 2003.

74 Wolfgang Thierse, *Vom Sowjetkommunismus zur parlamentarischen Demokratie – der Beitrag der Zivilgesellschaft*. In: www.bundestag.de/parlament.